

KURZ UND PRÄGNANT

Bericht Verfassungsschutz: Kaum Neues

Zum Thüringer Verfassungsschutzbericht für 2016 erklärte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Wir erkennen an, dass er sich von denen der vergangenen Jahre abhebt und sowohl in Struktur und erklärenden Ansätzen verbessert hat. Andererseits enthält er nichts Neues und greift auf lange veröffentlichte Informationen von Polizei, Journalisten, antifaschistischen Gruppen und Zivilgesellschaft zurück. So wird ausführlich über Straftaten gegen eine AfD-Politikerin berichtet, jedoch über Übergriffe gegen LINKE, SPD und CDU mit keinem einzigen Wort. Dabei gab es viele Fälle, wie einen Sprengmittelanschlag in Saalfeld, Attacken in Eisenach und Altenburg oder ein von der Neonazi-Szene verbreiteter Mordaufruf in Liedform gegen eine LINKE-Landtagsabgeordnete.“

Obwohl zwei Drittel aller politisch motivierten Straftaten dem rechten Bereich zugeordnet werden, werden im Phänomenbereich ‚Linksextremismus‘ allein 14 konkrete Fälle über mehrere Seiten ausgeführt, im Bereich Rechtsextremismus mit über 1.570 Straftaten und einen massiven Anstieg der Gewaltdelikte um 40 Prozent findet sich eine vergleichbare Darstellung aber nicht. Auch, dass etwa die ‚Rote Hilfe‘ nach wie vor Erwähnung finde, der zur Last gelegt werde, dass sie das strafprozessuale Recht der Aussageverweigerung offensiv bewerbe, Übertretungen des Rechtsstaates kritisiere und Beratungen zur Rechtslage in Form von Vorträgen und Publikationen durchführe, treffe auf die deutliche Kritik der Fraktion DIE LINKE.

Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus: „Zwar um Jahre verspätet aber immerhin beleuchtet der Verfassungsschutz nun auch das Thema Neue Rechte. Beschämend ist jedoch, dass der Geheimdienst an dem Punkt fast vollständig von der Bundeszentrale für politische Bildung abschreibt und zu keiner eigenständigen Analyse fähig ist. Vor dem Hintergrund der in Thüringen aktiven und relevanten Strukturen, wie Identitäre Bewegung, Ein-Prozent Bewegung oder Gruppen wie ‚Bürger für Erfurt‘, ist dies in Zeiten des Rechtsrucks fatal. Hier zeigt sich erneut, dass Entwicklungen der rechten Szene besser und transparenter durch zivilgesellschaftliche Organisationen dargestellt und analysiert werden.“ Thüringen gilt als Hochburg von RechtsRock-Veranstaltungen, der Thüringer Verfassungsschutz erkennt dies allerdings nur partiell. Während MOBIT 50 extrem rechte Musikveranstaltungen für das Jahr 2016 auflistet, benennt der Verfassungsschutz nur 24. ■

Verbandsgemeinde als drittes Gemeindemodell

Es werden erhebliche Effizienzgewinne erwartet/von MdL Frank Kuschel

LINKE, SPD und Grüne haben sich darauf verständigt, dass in Thüringen ein drittes Gemeindemodell, die Verbandsgemeinde, eingeführt werden soll. Dazu werden zurzeit die Gemeinden angehört. Bereits in der ersten Hälfte des Jahres 2016 hatte die LINKE die Verbandsgemeinde in die Diskussion gebracht, um so die im Leitbild für die Verwaltungs- und Gebietsreform vorgesehene Weiterentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften attraktiver zu gestalten.

Innerhalb der Koalition war jedoch eine Einigung zu diesem Modell nicht möglich. Als Kompromiss wurde die „Große Landgemeinde“ vorgeschlagen. Dies wurde jedoch von den Gemeinden als Alternative nicht angenommen. Auch gab es seitens der Reformkritiker, insbesondere der AG „Selbstverwaltung“, keine Bereitschaft, die Landgemeinde zu akzeptieren. Sie wollen keine Änderung und somit auch den Bestand der 69 Verwaltungsgemeinschaften mit rund 600 Gemeinden beibehalten.

Die ersten Reaktionen aus den Gemeinden zum Verbandsgemeindemodell sind sehr unterschiedlich. Es gibt zahlreiche Zustimmungen aber auch Ablehnungen und zwar in zweierlei Hinsicht: Einige Gemeinden wollen die Verwaltungsgemeinschaften so erhalten wie sie derzeit sind. Andere Gemeinden wollen bei einer Neugliederung keine „Zwischenlösungen“, die die Verbandsgemeinde darstellt, sondern gleich das Modell der Einheits- bzw. Landgemeinde anstreben. Diese

besteht aus juristisch selbstständigen Gemeinden, die wiederum Ortsteile bzw. Ortschaften haben können. Die selbstständigen Gemeinden und die Landgemeinde teilen sich die gemeindlichen Aufgaben. Die Verbandsgemeinden nehmen wie die gegenwärtigen Verwaltungsgemeinschaften alle Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises auch für die Mitgliedsgemeinden wahr. Dazu zählen u.a. das Melderecht, das Ordnungsrecht und das Umweltrecht. Zudem ist die Verbandsgemeinde, wie bisher die Verwaltungsgemeinschaften, für die Mitgliedsgemeinden Behörde im eigenen Wirkungskreis.

Gesetzgebungsverfahren soll umgehend eingeleitet werden

Anders als bei den Verwaltungsgemeinschaften nimmt die Verbandsgemeinde auch zentrale Aufgaben des eigenen Wirkungskreises für die Mitgliedsgemeinden wahr. Dazu sollen zählen: Flächennutzungsplanung, Kindertagesstätten, Bauhöfe, Straßenbaulastträgerschaft einschließlich Winterdienst, Freiwillige Feuerwehren, Breitbandversorgung oder Gewässerunterhaltung. Es werden erhebliche Effizienzgewinne erwartet.

Die Verbandsgemeinde soll im Jahr 2035 mindestens 8.500 Einwohner haben. Für die Mitgliedsgemeinden gibt es keine Mindestgröße. Die Verbandsgemeinde soll nur als freiwillige Gemeindeneugliederung ermöglicht werden. Anträge können zunächst bis zum 31. März 2018 gestellt werden. Der hauptamtliche Verbandsgemeindebürgermeister und die Verbandsgemein-

deräte werden direkt von allen Wählerinnen und Wählern aus allen Mitgliedsgemeinden gewählt. Die ehrenamtlichen Bürgermeister und Gemeinderäte der Mitgliedsgemeinden sollen zudem wie bisher auch direkt in der jeweiligen Gemeinde gewählt werden können. Jede Mitgliedsgemeinde hat weiterhin das eigene Satzungs- und Haushaltsrecht, wenn auch nur noch für einen kleineren Aufgabenkatalog. Den ungedeckten Finanzbedarf für die Verbandsgemeinde müssen die Mitgliedsgemeinden über eine Umlage zahlen. Diese ist vergleichbar mit der Finanzierung der derzeitigen Verwaltungsgemeinschaften.

Zu beachten ist, dass auch die Verbandsgemeinde mindestens ein Grundzentrum haben muss. In Thüringen gibt es derzeit 76 Grundzentren. Zudem dürfen Verbandsgemeinden nicht als „Abwehrfusionen“ gegenüber den Mittel- und Oberzentren gebildet werden.

Wegen dieser Vorgaben können sich nur einige der bestehenden 69 Verwaltungsgemeinschaften zur Verbandsgemeinde umwandeln. Im Regelfall werden sich aber benachbarte Verwaltungsgemeinschaften und noch selbstständige Gemeinden zur Verbandsgemeinde zusammenschließen müssen.

Nachdem die jetzt laufende Anhörung der Gemeinden abgeschlossen ist, soll umgehend das Gesetzgebungsverfahren zur Einführung der Verbandsgemeinde eingeleitet werden. Doch schon jetzt können sich Gemeinden entscheiden, ob sie dieses Modell nutzen wollen. ■

NACHGEFRAGT bei Karola Stange, Gleichstellungspolitikern

Kürzlich hatten die CDU-Abgeordneten eine Sitzung des Gleichstellungsausschusses, dessen Vorsitzende Sie sind, verlassen. Was ist passiert?

Es ging um das Thema Kostenübernahme für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel für Frauen mit geringem Einkommen in Thüringen. Natürlich waren wir rot-rot-grünen Gleichstellungspolitikern - also mit Birgit Pelke (SPD) und Babett Pfefferlein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - uns einig: Ein solches Verhalten ist vollkommen unakzeptabel, unangemessen und dem Thema nicht zuträglich.

Wie hat die CDU ihren Boykott begründet?

Der Gleichstellungspolitiker der Fraktion, Henry Worm, merkte an, dass die CDU-Abgeordneten deshalb den Ausschuss verlassen, weil sie der Auffassung seien, dass diese Thematik hier fehl am Platze sei. Für uns aber ist



dieses Verhalten vor allem Ausdruck von Frauenfeindlichkeit. Studien belegen, dass Frauen ihr Verhütungsverhalten mehr oder weniger zwangsläufig verändern, wenn das Geld knapp wird.

Im Ausschuss wurde ein Projekt vorgestellt. Wie funktioniert es?

Die Organisation Pro Familia hat über ihr Modellprojekt (biko), das zunächst bis zum Jahr 2019 angelegt ist, informiert. Es wird in Erfurt und in der Außenstelle Artern erstmals angeboten und hat das Ziel, Mädchen und Frauen einen freien Zugang auf individuell angepasste und zuverlässige Verhütungsmethoden zu gewährleisten.

Erstmals seit vielen Jahren wird so ermöglicht, Frauen mit geringen finan-

ziellen Möglichkeiten auch perspektivisch einen sicheren Verhütungsschutz anzubieten. Damit wird vor allem auch die Selbstbestimmtheit der Frauen gestärkt. Das ist richtig und wichtig. Und hat natürlich etwas mit Gleichstellung zu tun.

Wie wirksam ist das Projekt?

In den zurückliegenden Monaten haben in Erfurt und in Artern mehr als 400 Frauen von den Angeboten Gebrauch gemacht. Durch weitere Öffentlichkeitsarbeit wird vor allem bei Studentinnen, bei Frauen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, aber auch über die Beratungsangebote der Kirchen und aller freien Träger, über dieses Projekt informiert.

Übrigens hat sich Thüringen einer Bundesratsinitiative von Niedersachsen angeschlossen, damit generell die Kosten für Verhütungsmittel für Frauen mit geringem Einkommen übernommen werden. ■